



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

03/04 | 2016

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Handeln statt Streiten

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

Inhalt

Im Namen des Königs
der Niederlande

Mit Ziehkraften
den Fliehkräften
entgegenwirken



Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

unser Land, damit meine ich die gesamte Bundesrepublik, ist bunt und zum Glück auch in seiner großen Mehrheit weltoffen und tolerant. Die Zahl derjenigen, die sich für die Integration von Flüchtlingen engagieren, überwiegt bei weitem die Zahl jener, die dagegen demonstrieren. Schlägt man aber die Zeitung auf oder schaltet die Nachrichten in Funk und Fernsehen ein, könnte man zu einem anderen Schluss kommen. Hiobsbotschaften von rechter Gewalt und Pegida-Demonstrationen wechseln sich mit immer schrilleren Tönen aus der CSU ab. Wir sind aus Bayern und von seinen Ministerpräsidenten einig gewohnt. Bislang

gehörte auch der „Mia san mia“-Separatismus und ein gerüttelt Maß bayerischen Selbstbewusstseins zur bunten Republik. Die Attacken aus der bayerischen Staatskanzlei und der Parteizentrale der CSU, die wir allerdings in den vergangenen Monaten miterleben mussten, grenzen schon an Sezession und Aufwiegelung. Dass bei allen verbalen Angriffen ein gehöriger Teil der Munition auch beim Koalitionspartner auf Bundesebene einschlägt, erleben wir als Sozialdemokraten nicht zum ersten Mal. Auch die FDP konnte in schwarz-gelben Zeiten ein Lied davon singen. Nun sind aber auch die eigene Kanzlerin und die Schwes-

terpartei CDU ins Visier bayerischer Gebirgsjäger gerückt. Der bayerische Finanz- und Heimatminister Söder stellt gar fest, bei CDU und CSU handele es sich allenthalben noch um „entfernte Verwandte“.

Solidarität stärken

Nun könnte man sagen, uns als Kommunalpolitikerinnen und -politikern in Brandenburg könnten die Verwandtschaftsverhältnisse der Union sowie Störfeuer aus München herzlich egal sein. Das dürfen sie aber nicht. Seehofer und Co. wissen sehr wohl, dass die fortwährend geforderten Obergrenzen für Flüchtlinge ebenso unpraktikabel sind wie

eine Abriegelung Deutschlands gegenüber seinen Nachbarn. Mit dem gebetsmühlenartig wiederholten Ruf nach ebendiesen vermeintlichen Lösungen der Flüchtlingsfrage wider besseren Wissens wird die öffentliche Debatte, wird auch die Stimmung in unserem Land vergiftet. Das eben kann uns keineswegs egal sein. Wir sind auf die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft angewiesen. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit mehr als 150 Jahren dafür. Diesen für den Zusammenhalt so grundlegenden Wert dürfen wir nicht zerreden lassen. Ich begrüße es daher ausdrücklich, wenn Sigmar Gabriel fordert,

zumal angesichts des hohen Einnahmenüberschusses auf Bundesebene, es müsse ein neues „Solidaritätspaket“ für unsere eigene Bevölkerung geschnürt werden. An dieser Stelle im BRANDENBURG EXTRA habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass wir nicht zulassen dürfen, dass die sozialen Ängste in unserem Land gegen die bei uns Schutz und Zuflucht Suchenden ausgespielt werden. Das bedarf einer gemeinsamen gesellschaftlichen Anstrengung, die aber aller Mühen wert ist. Wir werden deutlich mehr in die soziale Infrastruktur in unserem Land investieren müssen und auch den sozialen Wohnungsbau intensivieren, dürfen zugleich aber auch die innere Sicherheit nicht außer Acht lassen. Jenseits dessen beschäftigen uns die Verbesserung der Infrastruktur, eine anstehende Verwaltungsstrukturreform, Altanschlößer und tausend Dinge mehr, die wichtiger sind als Horst Seehofer. Wir in den Kommunen, in Brandenburg genauso wie in Bayern, wissen: Es gibt genug zu tun. Packen wir lieber an, als Zeit und Energie für Spiegelfechtereien und Koalitions-krawall zu verschwenden.

Eure

Ines Hübner

Bürgermeisterin der Stadt Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg



Im Rolandsaal der Rathauses der Stadt Brandenburg a.d.H. wurde mit einem Festakt das Jubiläumsjahr zur 800-Jahr-Feier brandenburgischer Städte eröffnet.
Fotos (2): Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Oranienburg

Im Namen des Königs der Niederlande

Oranienburgs Bürgermeister und langjähriger Vorsitzender der SGK Brandenburg Hans-Joachim Laesicke ist jetzt Ritter im Orden Oranien-Nassau

Autoren Urte Voigt (Oranienburg), Niels Rochlitzer

Brandenburg an der Havel – da kann man schon mal sprachlos sein: Oranienburgs Bürgermeister Hans-Joa-

chim Laesicke ist seit dem 17. Januar 2016 „Ritter im Orden Oranien-Nassau“. Im Namen keines Geringeren

als seiner Majestät der Niederlande wurde Hans-Joachim „Hansi“ Laesicke in den Ritterstand erhoben.



Die niederländische Botschafterin hält die Laudatio auf den zum Ritter erhobenen Hans-Joachim Laesicke, Bürgermeister der Stadt Oranienburg und langjähriger Vorsitzender der SGK Brandenburg.

Überreicht und angehettet wurde Laesicke der Orden von Monique van Daalen, der niederländischen Botschafterin.

Anlässlich des Festaktes zum Auftakt der 800-Jahr-Feiern von elf Orten in Brandenburg im Rolandsaal des Rathauses zu Brandenburg an der Havel trat Botschafterin van Daalen nach der Rede des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke überraschend ans Mikrofon. Geehrt werde Laesicke für die „Bewahrung des niederländischen Oraniererbes“, so van Daalen. Einen besseren Partner könne sie sich nicht vorstellen.

Ohne Oranienburgs langjährigen Bürgermeister wäre das Schloss Ora-

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam
Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01
Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192
Anzeigen: Henning Witzel
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €; Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.



Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke wirft einen Blick auf die ausgestellten Gründungsurkunden.

nienburg nicht in seinem altem Glanz wiedererstrahlt, wäre die Ausstellung „Onder de Oranieboom“ 1999 nicht in die Stadt gekommen und hätte die damalige Königin Beatrix Oranienburg wohl nicht so schnell besucht.

Dass er tatsächlich nichts geahnt hatte, war Hans-Joachim Laesicke deutlich anzusehen. Jubelrufe und stehende Ovationen bekam er von

den etwa 150 geladenen Gästen, darunter Vertreter aus den Jubiläumsorten.

Er erhielt herzliche Glückwünsche von Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke, der gastgebenden Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann, Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh von der Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten sowie natürlich von seiner Ehefrau Annemarie.



Gratulationen an den neuen Ritter von Oranien-Nassau

Fotos (2) Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Oranienburg

Mit Ziehkraften den Fliehkräften entgegenwirken

Erstes gemeinsames Strategiegeläch der SPD-Landtagsfraktion und der SGK Brandenburg über „Handlungsoptionen gegen rechte Aggression“

Autor Niels Rochlitzer

Heidenau, Clausnitz, Bautzen. Diese drei sächsischen Ortsnamen stehen in jüngster Zeit exemplarisch für einen tumben, wütenden Mob sowie verabscheuungswürdige Akte rechter Aggression gegen Asylbewerber und Flüchtlinge. Man mag sich wundern, dass vor allem sächsische Ortsnamen im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt immer wieder genannt werden. Das Beispiel der durch Brandstiftung zerstörten Sporthalle in Nauen, die als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden sollte, zeigt aber, dass auch Brandenburgische Kommunen nicht immun sind, Ort neofaschistischer Anschläge und Angriffe zu werden.

Nahezu täglich findet in einer der Gemeinden Brandenburgs ein meistens als „Abendspaziergang“ verschleierter Aufmarsch Rechter und Rechtsextremer statt. Mancherorts versuchen die Neonazis, mit dem Mäntelchen der „Asylkritiker“ oder „Islamismusgegner“ ihre aggressive Fremdenfeindlichkeit zu kaschieren. Anderenorts tritt der rechte Mob ganz unverhohlen extremistisch unter den Fahnen der NPD, des Dritten Weges, des Vereins Zukunft Heimat oder anderer radikaler Gruppen und Parteien auf. Entlarvend ist in beiden Fällen die Beteiligung ortsbekannter Neonazis, die durch rechte „Reisekader“ (von Ort zu Ort durch das gesamte Land ziehende Demonstranten) personell verstärkt werden. Das trifft auch auf Kundgebungen der AfD zu, die auch, nicht nur, dadurch als zunehmend rechtsextrem demaskiert wird.

Es ist ein großes Verdienst der Zivilgesellschaft, aller demokratischen



Mike Bischoff, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, begrüßt die Teilnehmer des Strategiegelächs

Foto: N. Rochlitzer / SGK Brandenburg

Kräfte und Parteien, dass sich fast überall, wo „asylkritische“ Demonstrationen stattfinden, ihnen Menschen entgegenstellen, die sich zu einer toleranten, weltoffenen und demokratischen Gesellschaft bekennen.

Bemerkenswert ist vor allem das Kräfteverhältnis. In den meisten Einzelfällen und auch in absoluten Zahlen überwiegt die Zahl derjenigen deutlich, die sich den rechten und rechtsextremen Demonstranten entgegenstellen. Der Protest gegen die Asylpolitik der Bundesregierung kommt ganz offensichtlich nicht aus der Mitte der Gesellschaft und er wird auch nicht von ihr getragen. Schwingt aber nicht immer bei sol-

chen Feststellungen ein nur angstvoll gedachtes „noch nicht“ mit?

Rutscht die Gesellschaft nach rechts?

Ja, im gesamten politischen Spektrum von rechts bis links außen gibt es Bürgerinnen und Bürger, die skeptisch sind, dass unsere Gesellschaft in der Lage ist, kulturell und wirtschaftlich die große Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu integrieren, zumal es noch keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, dass sich deren Zahl im laufenden Jahr im Vergleich zu 2015 verringern wird. Nicht zuletzt die Sensationsspirale der Medien in ihrer nahezu monothematischen Hysterie trägt dazu bei, dass diese Skepsis bei einigen in Ablehnung umschlägt. Only bad news are good news – und so werden dem Fernsehzuschauer eher Bilder chaotischer Zustände am Berliner LAGESO, von der berüchtigten Kölner Silvesternacht oder vom pöbelnden Mob eines PEGIDA-Aufmarsches gezeigt,



Kompetentes Podium: unter anderem mit Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke, dem Moderator und innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Daniel Kurth, dem stellvertretenden SGK-Vorsitzenden Christian Großmann und dem Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im MIK Carlo Weber (von links nach rechts)
Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg

als Beispiele gelingender Aufnahme und Integration. Nicht enden wollender Koalitionsstreit, den zu befeuern der bayerische Ministerpräsident

in seiner Egomane nicht müde wird, trägt sein Übriges dazu bei, dass immer häufiger die Sorge geäußert wird, die Stimmung könne kippen,

die Mehrheitsverhältnisse bei den Demonstrationen könnten sich zugunsten der Asylgegner umkehren. Die zunehmend radikale Rhetorik

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de

der AfD lässt mittlerweile xenophobe Anklänge, die man ehemals bereits verurteilt hätte, als geradezu harmlos erscheinen. Horst Seehofer und seine CSU treiben den öffentlichen Diskurs mit populistischem Eifer ebenfalls weiter nach rechts. Droht die demokratische und tolerante Mehrheit unserer Bevölkerung die Deutungshoheit zu verlieren?

Hochkarätig besetzte Veranstaltung

Eben diese Befürchtungen waren der SGK Brandenburg und der SPD-Landtagsfraktion Anlass, zu einem ersten gemeinsamen Strategiegespräch unter dem Titel „Handlungsoptionen gegen rechte Aggression“ einzuladen. Adressaten waren neben sozialdemokratischen Kommunal- und Landespolitikern der Polizeipräsident des Landes Brandenburg, ein Mitarbeiter des Mobilien Beratungsteams (MBT) des Instituts für Gemeinwesenberatung sowie der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern und für Kommunales.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch SPD-Fraktionschef Mike Bischoff und den stellvertretenden SGK-Vorsitzenden Christian Großmann zeichnete Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke als Auftaktreferent in seiner fundierten Analyse der gegenwärtigen Sicherheitslage im Land ein Bild, das die Brisanz wie auch die Relevanz des Themas unterstrich.

Neben einer Vervielfachung asyl- und fremdenfeindlicher Demonstrationen war im zurückliegenden Jahr 2015 auch im Bereich der als rechtsradikal eingestuften Gewalttaten eine drastische Steigerung von 63% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Allein im November 2015 hat es in Brandenburg 172 als politisch motiviert klassifizierte rechte Straftaten gegeben. 16 Anschläge auf bestehende Flüchtlingsunterkünfte oder solche in Planung wurden im Jahr 2015 im Land verübt. Drei Bedrohungen brandenburgischer Bürgermeister durch offenkundig Rechtsradikale sind bislang bei der Polizei aktenkundig, zudem Bedrohungen und auch Anschläge auf Abgeordnetenbüros und Einrichtungen politischer Parteien. Polizeipräsident



Der stellvertretende Vorsitzende der SGK-Brandenburg Christian Großmann eröffnet das Strategiegespräch und berichtet aus der Sicht eines Amtsdirektors. Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg

Mörke nutzte die Gelegenheit, den anwesenden Politikern zu versichern, dass die Polizei jegliche Schutzmaßnahmen bis hin zum Personenschutz gewährleisten werde, wenn dies angezeigt sei. Das gelte ebenso für 142 Objekte zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die im Land gegenwärtig regelmäßig bestreift würden.

Statistisches Material zum Thema präsentierte im Anschluss auch Brandenburgs oberster Verfassungsschützer, Abteilungsleiter Carlo Weber. Mehr als 1200 Personen sind in Brandenburg dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen, darunter allerdings nicht einmal mehr 300 Mitglieder der NPD. Für einen Demokraten ist zweifellos jeder Extremist einer zu viel. Dennoch sei diese Zahl bereits verorteter Rechtsext-

remer weniger alarmierend als die Entwicklungen, die im Bereich der Rechtspopulisten zu beobachten seien. Anhänger von AfD, Zukunft Heimat e.V. und diverser brandenburgischer PEGIDA-Ableger würden zunehmend aggressiver in ihrer Rhetorik wie auch im Habitus. Diese Tendenz markiere Fliehkräfte, die die Gesellschaft insgesamt zu bewegen drohten. Den Appell, den Verfassungsschutz-Chef Carlo Weber daraus folgernd an alle Demokraten im Land ausbrachte, kann man nicht oft genug wiederholen, nicht deutlich genug unterstreichen: Diesen Fliehkräften müssen Ziehkkräfte entgegengesetzt werden, welche die Gesellschaft zusammenhalten und die demokratische Mitte stabilisieren. Dazu gehöre, so Weber, dass man fortwährend darauf hinweise, dass in Brandenburg Willkommenskultur

sehr wohl eine Zukunft habe. Das zeigten viele tausend Bürgerinnen und Bürger in ihrem tagtäglichen Engagement. Dazu gehöre aber auch, dass man sich der Sorgen und Kritik jener annehme, die eine faktische Belastbarkeitsgrenze der Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft Deutschlands sähen. Es gehe darum, so der Verfassungsschützer, die Balance zu halten zwischen der Wahrnehmung humanitärer Verantwortung und Willkommenskultur einerseits, der Aufnahme und Artikulation von Sorge und Kritik andererseits. Garanten für diese Balance können insbesondere Brandenburgs sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sein, sie müssen es sogar, sie sind es auch.

Jedes Delikt muss zur Anzeige gebracht werden

Der anschließende Erfahrungsaustausch zwischen den Referenten und den vorwiegend hauptamtlichen Bürgermeistern sowie den teilnehmenden asylverantwortlichen Dezernenten zeigte einmal mehr, welche Herausforderung dieser Balanceakt darstellt. Insbesondere Bürgermeister und Amtsdirektoren müssen vor Ort Entscheidungen darüber treffen, welche Objekte als Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber infrage kommen und genutzt werden. Mit ihrer Person werden Unterbringungsmaßnahmen verknüpft und gegen sie richtet sich auch Unzufriedenheit, wenn diese entsteht. Diese Unzufriedenheit schlägt angesichts der bereits beschriebenen zunehmend aggressiveren Grundtöne schnell in Hass um, der sich auf unterschiedliche Weise artikuliert.

Proteste und Demonstrationen sind dabei eher die Ausnahme, sogenannte Hassmails, Drohbriefe und vor allem aggressive Kommentare und Beiträge in den sozialen Medien, allen voran Facebook, sind hingegen alltäglich. Gerade hier finden sich Kommentare, die über den Boden eines demokratischen Diskurses, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung insgesamt weit hinausreichen. Eine Fülle von Einträgen ist schlichtweg strafrechtlich bewehrt. Das Internet ist jedoch kein rechtsfreier Raum. Nötigung, Androhung einer Straftat, Diffamierung oder Volksverhetzung sind bei Facebook

verübt ebenso strafbare Delikte wie in der „analogen Welt“. Aber auch dort, jenseits des Internets, werden Hemmschwellen und Gesetzesgrenzen übertreten. Auch in Brandenburg wurden bereits nicht nur Amtsträger selbst bedroht, sondern auch deren Angehörige, Kinder sogar. Polizeipräsident Mörke appellierte, ausnahmslos jedes Delikt zur Anzeige zu bringen. Zurecht wird immer wieder gefordert, der Rechtsstaat müsse politischem Extremismus und politisch motivierter Kriminalität mit seiner ganzen Härte begegnen. Dies erfordert allerdings auch das Anzeigen einer jeden solchen Straftat. Neben der Prävention schafft konsequente Strafverfolgung das Gefühl von Sicherheit wie auch faktische Sicherheit.



Vorwiegend Bürgermeister und Abgeordnete, ehrenamtliche Kommunalpolitiker und Dezernenten beteiligten sich am Strategiegespräch.

Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg

Zum Stichwort der Prävention, der Vorsorge gegen bzw. Verhinderung von rassistischen Entwicklungen und Übergriffen konnte David Drie-se als Vertreter des Mobilien Bera-

tungsteams beitragen. Im Kontext des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ ist zusammen mit der Förderung einer humanen Alltags-

kultur, der kritischen Auseinander- setzung mit dem Rechtsextremis- mus, der Stärkung eines demokrati- schen Gemeinwesens die Prävention

Hauptaufgabe der Mobilien Bera- tungsteams. Sechs regionale Teams im Land wirken gemeinsam mit den lokalen Akteuren durch Beratung,

Anzeige

**JETZT
kostenlos
Probelesen!**

DEMO als Zeitung
im neuen Format

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN
FÜR KOMMUNALPOLITIK

Probeabonnement für 3 Ausgaben
jetzt kostenlos bestellen:

www.demo-online.de
☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei
und läuft automatisch aus.



Nach dem erfolgreichen Auftakt wird dieses Format Fortsetzungen im Landtag und auf lokaler Ebene finden.

Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg

Moderation und Information bei der Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gesellschaft mit. Als Ansprechpartner stehen sie insbesondere auch der Kommunalpolitik zur Seite, wenn vor Ort gegen rechte Aggression gehandelt werden muss.

Fortsetzung: Strategiegespräche vor Ort und auf Landesebene

Solidarität ist ein zentraler Grundpfeiler des sozialdemokratischen Werteordnung. Diese Solidarität hilft auch, rechter Aggression entgegenzuwirken. Sie findet Ausdruck im offenen und ehrlichen Erfahrungsaustausch, im Beistand und in der gemeinsamen Lösung drängender Fragen. Neben das Konzept „Tolerantes Brandenburg“ tritt im Kampf gegen Rechts seit Herbst 2015 das Bündnis für Brandenburg. Dieses Bündnis vereint auf Landesebene alle relevanten gesellschaftlichen Akteure – Wirtschaft und Handwerk, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Ver-

eine und Akteure des öffentlichen Lebens, Politik und Bürger – an einem Tisch, um die Aufgaben der Integration der Menschen, die bei uns Asyl, Schutz und Zuflucht suchen, zu lösen. Solche Bündnisse haben sich mittlerweile auch in vielen Landkreisen gebildet.

Auf Ebene des Landes wie auf Ebene der Kommunen wird hier Solidarität greifbar und sie fand auch Ausdruck in dieser ersten gemeinsamen Veranstaltung der SGK und der Landtagsfraktion zum Thema. Anspruch dieses ersten Strategiegesprächs war es, Handlungsoptionen aufzuweisen und den Gesprächsfäden aufzunehmen. Die SGK Brandenburg unterbreitet gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion das Angebot, solche Strategiegespräche vor Ort zu initiieren und konkrete Handlungsoptionen gegen rechte Aggression aufzuzeigen.

Eine ganze Reihe notwendiger Aktionen fasste die Gesprächsrunde zusammen:

- die Balance zwischen Willkommenskultur, der Bereitschaft zur Unterbringung und Integration einerseits, der Aufnahme und Artikulation von Kritik andererseits
- die Prävention rechter Aggression
- die Anzeige jeglicher Straftaten, die fremdenfeindlich und rechtsextremistisch motiviert sind, und deren Verfolgung
- die Entwicklung lokaler Netzwerke nach dem Vorbild des Bündnisses für Brandenburg, die Rückhalt geben und stärken, zudem konkret Aufgaben lösen

und als Aufgaben für die Politik:

- trotz aller Herausforderungen aktueller Fragen sozialdemokratische Sozialpolitik auch gegenüber den Schwachen unserer Gesellschaft konsequent fortzusetzen (etwa im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus, sozialer Infrastruktur insgesamt etc.)

- ihre Bildungs- und Sicherheitspolitik an den gewachsenen Herausforderungen auszurichten sowie
- Haltung zu zeigen in einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik, ohne populistische Manöver das Notwendige und Richtige zu tun, darüber transparent zu informieren.

Die SGK Brandenburg wird über eine Fortsetzung dieses Strategiegesprächs auf lokaler Ebene informieren. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich daran beteiligen wollen, sind eingeladen, sich an die SGK zu wenden. Ein nächstes gemeinsames Strategiegespräch von SPD-Landtagsfraktion und SGK Brandenburg wird am 14. März 2016 um 18.00 Uhr im Landtag zum Thema Sozialer Wohnungsbau 2.0 stattfinden.

Interessenten können sich auf bekanntem Weg via Anruf, Mail oder Post anmelden.